

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

SPD und GRÜNE wollen die mieterfeindliche Landespolitik von CDU und FDP ändern

Auf die Mieter kommt durch den erwarteten Wahlsieg von Roland Koch nichts Gutes zu.

Neben der härtesten Fehlbelegungsabgabe aller Bundesländer und neben der fortschreitenden Privatisierung öffentlich geförderter Wohnungsbestände scheint auch fraglich zu sein, inwiefern eine Koch-Regierung den bisherigen Schutz der Mieter vor Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlung in Eigentumswohnungen in Gebieten mit gefährdeter Wohnraumversorgung beibehält.

Während SPD und GRÜNE sich festgelegt haben, dass die betroffenen Mieter wie bisher mindestens 10 Jahre nach einem Verkauf nicht kündbar sein sollen, droht bei einer Fortführung der schwarz-gelben Koalition der Wegfall dieses Schutzes. Für viele Mieter im Ballungsraum Rhein/Main hätte dies schwerwiegende Folgen. Der Wohnungsmarkt verschärft sich hier seit nunmehr 13 Jahren unaufhörlich: In Frankfurt zeigt sich dies u.a. an 2 Faktoren:

- Die Zahl der Berufspendler hat 2000 erstmalig die Schallmauer von 300.000 durchbrochen.
- Die Mietlastquote (Verhältnis Miete zu Einkommen) stieg von 1993 bis 2000 von 27,9 Prozent auf 31,3 Prozent.

Viele Mieter gehen im Gegensatz zu Hauseigentümern nicht wählen und denken, es sei egal, wer an die Regierung kommt. Dies liegt z.T. daran, dass die Mieter über diese Unterschiede zwischen den Parteien in der Wohnungspolitik nicht informiert sind - sicherlich auch aufgrund der Nachlässigkeit von SPD und GRÜNEN.

Jürgen Lutz

Anlage: Schr. v. 27.01.03 an 4 Parteien - wurde bisher von SPD und GRÜNEN beantwortet